

## DIE POSTDEMOKRATIE IST NICHT DAS ENDE DER GESCHICHTE

---

Am 17. Dezember 2021 verabschiedeten Vertreter der »Leipziger Zivilgesellschaft«, unter ihnen auch ehemalige DDR-Dissidenten und Bürgerrechtler, eine Erklärung, in der sie den Teilnehmern von Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen entgegenhielten: »Ihr seid nicht das Volk!« Sie fanden es »anmaßend«, dass die Demonstranten für Demokratie und Freiheitsrechte auf die Straße gingen. Die Unterzeichner bemängelten, dass die »Spaziergänge« ungenehmigt, provozierend und aggressiv gewesen seien. Die Erklärung enthält seltsam gedrechselte Formulierungen: »Die freiheitliche Demokratie verwehrt egoistisches, vor allem aber aggressives, den Nächsten verachtendes Agieren«, und sie gipfelt in der Forderung, dass »Polizei und staatliche Organe, im Sinne des Schutzes der Grundrechte alle rechtswidrigen Aktivitäten in vollem Umfang und unmissverständlich zu unterbinden« hätten. Was war passiert, dass Menschen – die einst für eine offene Gesellschaft und Meinungs- und Demonstrationsfreiheit beträchtliche Risiken eingegangen waren – nun in der Sprache des einst bekämpften Regimes gouvornantenhaft für eine Einschränkung dieser Grundrechte eintraten?

### Lernen aus der Geschichte?

Bodo von Borries geht in einem kritischen Text über das Lernen über und aus der Geschichte auf mehrere Experimente ein, mit denen man den in bestimmten Situationen entstehenden Konformitätsdruck und die Reaktion der Probanden untersuchte. Das bekannteste dürfte das Milgram-Experiment sein, in dem Stanley Milgram 1961 ahnungslose Testpersonen, angeblich schlechte Lerner, mit simulierten Elektroschocks traktieren ließ. Die Mehrheit folgte den Anweisungen. Sie »gehorchten einfach der wissenschaftlichen Autorität«. Borries fragt: »Man möchte gerne wissen, ob dieses Verhalten in jeder Gesellschaft völlig identisch auftritt oder in autoritär-homogenen verbreiteter ist als in liberal-pluralistischen.«<sup>1</sup> Er schloss damit an die bereits vor der Wiedervereinigung gelegentlich aufgeworfene Frage an, ob Bonn in einer Krise doch wieder Weimar

werden könne – die Demokratie in der Bundesrepublik also lediglich wegen ihres Wohlstandes so stabil sei oder darüber hinaus Resilienzen gegen diktatorische Versuchungen aufgebaut habe.

Zur Zeit der Veröffentlichung seines Aufsatzes ermöglichte es die Corona-Pandemie, diese Frage zu beantworten: Es macht keinen Unterschied. Aus dem größten anzunehmenden Experiment – in diesem Falle ein reales, weltweit stattfindendes Ereignis – wurde der größte anzunehmende Unfall. Grundrechte wurden kassiert, Freiheiten eingeschränkt, ein perfides Kontrollsystem wurde errichtet, und am Ende wurden Menschengruppen massiv diskriminiert, ohne dass die zahlreichen Institutionen, die derartige Exzesse eigentlich verhindern sollten, auch nur den geringsten Widerspruch anmeldeten. Nicht nur die meisten Parteien, Institutionen, Medien, Vereine, Verbände, Kirchen und sonstige einschlägige Gremien hatten den Test auf demokratische Resilienz nicht bestanden. »Mindestens genauso erschreckend wie der ›Grundrechte-Shutdown‹ in der ersten Phase der Pandemie ist die damit einhergehende totale Zustimmung der Bevölkerung und Öffentlichkeit gewesen: von Opposition auch hier, ein paar kritische Juristen und Journalisten ausgenommen, öffentlich wahrnehmbar über viele Wochen und Monate keine Spur.«<sup>2</sup>

Auch die Mehrheit der Bürger hatte mit großer Selbstverständlichkeit mitgemacht und als »Hüter der Verfassung«<sup>3</sup> versagt, und zwar genau jene 70 Prozent, die das auch schon beim Milgram-Experiment getan hatten. So konnte der Staat innerhalb weniger Tage zu einem Instrument bislang in einer Demokratie unvorstellbarer Freiheitsbeschränkung und Repression werden, ohne dass die in einem Rechtsstaat einschlägigen Korrekturmechanismen wenigstens die schlimmsten Auswüchse verhinderten. Die in Umfragen festgestellte Zustimmung wiederum bestärkte die politisch Verantwortlichen in ihrem Handeln.

Die Regierungen setzten die Grundrechte durch eine Parallelrechtsordnung einfach außer Kraft. »Nahezu alle Verhaltensformen (wurden) unter infekti-

rechtlichem Aspekt einem Sonderrecht unterzogen, das materiell aus Verordnungsrecht besteht.«<sup>4</sup> Mit der »Bundesnotbremse« als einem selbstexekutiven Gesetz kam es dann auch noch zu einem »Ausschalten der Länderexekutiven und der Fachgerichtsbarkeit«<sup>5</sup>. Besonders schwerwiegend: Der eigentliche Hüter der Verfassung, das Bundesverfassungsgericht, setzte der exekutiven Machtanmaßung nichts entgegen. Der ehemalige Präsident des höchsten Gerichts, Hans-Jürgen Papier, bezeichnete dessen Handeln bzw. Nichthandeln als Rechtsschutzverweigerung.<sup>6</sup> Oliver Lepsius hat diese Verweigerung am Beispiel des Ausgangsverbotes akribisch untersucht und kommt zu dem Schluss: »Das BVerfG wollte das Gesetz nicht beanstanden, obwohl es zahlreiche sich geradezu aufdrängende Gründe gegeben hätte, die Rechtsverletzungen einstweilig nicht hinzunehmen.«<sup>7</sup> Es verweigerte selbst eine Grundorientierung, um der Politik freie Hand zu geben. Die Verweigerung war politisch motiviert: »Was immer der Senat beanstandet hätte, wäre politisch als Niederlage der Kanzlerin verbucht worden.«<sup>8</sup>

Es hat sich gezeigt: Mit einem Szenario, das Angst hervorruft, moralisch aufgeladen und wissenschaftlich unterfüttert wird, können geltende Grenzen überschritten, Tabus gebrochen und Gesetze verboten oder angepasst werden, ohne dass der eigentlich zu erwartende massive Widerstand einsetzt. Das bewährte System der Gewaltenteilung und des Föderalismus mit seinen Checks and Balances verschmolz zu einem einheitlichen Machtapparat. Jeder Beteiligte am Wirtschaftsleben, jeder Verantwortliche in Kunst, Kultur und Vereinswesen wurde zu einem ausführenden Rädchen in diesem Apparat; musste Hygienekonzepte erstellen, Zertifikate kontrollieren und gegebenenfalls Menschen ausgrenzen und damit diskriminieren. Dies alles geschah mit atemberaubender Geschwindigkeit und Konsequenz. Verstörend auch, wie Personen des öffentlichen Lebens, die bislang mit der Berufung auf die Menschenwürde und die Menschenrechte ihre eigenen Positionen und Ziele unangreifbar zu machen getrachtet hatten, nun mit demselben moralischen Rigorismus die Einschränkung der Grundrechte rechtefertigten.

Dass ein funktionierender und demokratisch legitimierter Staat Maßnahmen anordnete und durchsetzte und dabei von den Massenmedien, Kirchen, Hochschulen, Gewerkschaften und Verbänden und sogar der Antifa vorbehaltlos unterstützt wurde, trug neben der allgegenwärtigen Angstpropaganda dazu bei, dass die Bevölkerungsmehrheit diese Maßnah-

men befolgte und von ihrer Richtigkeit überzeugt war. Die geschürte Angst ließ diejenigen, die sich für den Schutz der Grundrechte, persönlicher Daten und der Intimsphäre einsetzten, als Störer oder gar Gefährder erscheinen. Kritik lief ins Leere; wer sie vorbrachte, wurde ausgegrenzt. Mochte das Entsetzen Einzelner noch so groß sein. Es hatte – wenn es sich überhaupt artikulieren konnte – keine Chance gegen die hegemonale Propaganda. Gefühle von Ohnmacht und Enteignung machten sich breit. Der Zweifelnde sah sich mit Mechanismen konfrontiert, die ihn zu zerreiben drohten, und es bedurfte eines ungewöhnlich starken Selbstbewusstseins und hohen ethischen Bildungsstandes, vielleicht aber auch nur eines intakten gesunden Menschenverstandes, um dennoch nein zu sagen. Wer das »Ich nicht« aussprach, hatte nicht nur Repressionen zu erdulden, er bekam gesagt, dass er nicht mehr dazugehörte. Damit wurden die in einer Demokratie unverzichtbaren Korrekturmechanismen dauerhaft geschädigt. Zahlreiche Kritiker fanden sich schließlich außerhalb des offiziellen Politik- und Deutungsbetriebes wieder und schufen alternative Strukturen und Informationsmedien. Sie vereinen sich dort mit den Verehrten vorangegangener und nachfolgender Deutungskämpfe.

Zwar war die Corona-Pandemie im Hinblick auf das eingangs erwähnte Lernen aus der Geschichte der bislang größte anzunehmende Unfall. Aber die hier zu betrachtenden Entwicklungen setzten bereits lange vorher ein und haben sich nach deren Ende verstetigt. Ob unvorhergesehene Krisen oder eine die Interessen der Bevölkerung ignorierende Transformationsagenda – Politik und Medien produzieren mit immer gleichen Reaktionsschemen neue Freund-Feind-Unterscheidungen. Der öffentliche Diskurs

1 Bodo von Borries: »Wozu Historie? Gedanken zum – unvermeidlichen, aber schwer verdaulichen – Lernen über die Geschichte«, in: Joachim Klose (Hg.): *Erinnern für die Zukunft. Über Erinnerungskultur, ihr Sinnstiftungs- und Streitpotenzial*. Dresden 2022, S. 44.

2 Robert Chr. Van Ooyen / Hendrik Wassermann: »Freiheit, Demokratie und Grundgesetz im Pandemie-Notstand«, in: *Recht und Politik. Zeitschrift für deutsche und europäische Rechtspolitik*, Beiheft 7, S. 9.

3 Ebenda, S. 10.

4 Oliver Lepsius: »Grundrechtsschutz in der Pandemie«, in: *Recht und Politik. Zeitschrift für deutsche und europäische Rechtspolitik*, Beiheft 7, S. 46.

5 Oliver Lepsius: »Einstweiliger Grundrechtsschutz nach Maßgabe des Gesetzes. Eine Analyse des Beschlusses des BVerfG vom 5.5.2021 zum Ausgangsverbot der »Bundesnotbremse«, in: *Der Staat*, Heft 60 (2021), S. 609–651.

6 Aussage auf der Tagung der Denkfabrik 21 »Deutschland zwischen Covid und Klima – Grundrechte unter Vorbehalt?« am 18.9.2023, [www.youtube.com/watch?v=uQr3nkpX0bo](https://www.youtube.com/watch?v=uQr3nkpX0bo), min 32:28

7 Lepsius, *Einstweiliger Grundrechtsschutz*, S. 645.

8 Ebenda, S. 650.

wird geprägt von Rechthaberei, Ausgrenzungen und Skandalisierungen. Sprachverbote und Ausschlüsse bestimmen die Auseinandersetzungen. Zensur und Denunziation sickern in den öffentlichen Raum und vergiften ihn. Der gute Staatsbürger wird uns neuerdings als »Hinweisgeber« oder »Meldeheld« präsentiert, das Land mit Meldestellen überzogen. Auch für private Treffen und Gesprächsrunden gibt es keine geschützten Räume mehr. Der Verfassungsschutz überwacht und klassifiziert die Opposition. Ein Staat, der so etwas nötig hat, ist weder liberal noch plural und am Ende auch nicht mehr demokratisch. Er delegitimiert sich selbst. Genauer: Diejenigen, die ihn in dieser Weise missbrauchen, um ihre politischen Interessen durchzusetzen, delegitimieren den Staat. Sie tragen auch die Verantwortung dafür, dass zumindest abseits des staatlich finanzierten Debattierbetriebes Vergleiche mit den vorangegangenen Diktaturen und Verschwörungsmethoden Konjunktur haben.

### Die Fundamente werden brüchig

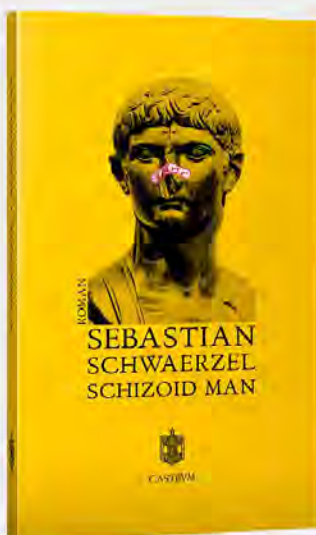
Der in Jahrzehnten aufgebaute Kapitalstock an Vertrauen, der durch eine stabile politische Kultur in einem Land mit gelebtem Pluralismus, wenig Korruption und zuverlässigen staatlichen Behörden und Institutionen entstanden war, schmolz langsam und lange unbemerkt. Eine stabile Demokratie gedeiht aber nur auf dem Fundament einer entsprechenden politischen Kultur. Und dieses Fundament ist nun auch in Deutschland brüchig geworden. Wir gewöhnen uns an eine Situation, wie wir sie beispielsweise in Frankreich und Italien seit Jahrzehnten haben. Dort gibt es wenig Vertrauen in den Staat; die Parteien-

systeme sind zersplittert und sortieren sich häufig neu. Populismus und Propaganda überfluten den öffentlichen Raum; konkurrierende radikale Gruppen behaupten, für das Volk zu sprechen oder für die Mehrheit. Wer »in die Politik« geht, gilt als dumm oder korrupt. Eine solche Unkultur reproduziert am Ende sich selbst; Zynismus zersetzt jeglichen Gemeinsinn, bis er sich schließlich nur noch in tribalen Strukturen findet.

Das ist eine Entwicklung, die durch Vergleiche mit den Weltanschauungsdiktaturen des 20. Jahrhunderts eigentlich nicht aufgeheilt werden kann. Sie lässt sich besser mit dem Begriff der Postdemokratie kennzeichnen. Dieser ist diffus wie alle Post-Phasen, von denen man nicht weiß, ob sie lediglich einen Übergangszustand umfassen oder auf ein Ende zulaufen. *Übergang* im Sinne des antiken Kreislaufes der Verfassungen zwischen Verfallsformen und guten Neuanfängen politischer Systeme; *Ende* im Hinblick auf die westliche Zivilisation als Lebensform und eigenständige Kultur.

### Postdemokratie als Übergang

Der Begriff der Postdemokratie wurde von Colin Crouch mit seinem gleichnamigen Buch im Jahr 2003 eingeführt. Allerdings zog der britische Politikwissenschaftler für die Analyse des Zustandes der westlichen Demokratien nicht deren Grundprinzipien oder messbare Indizes heran, sondern ein idealistisches, ja utopisches Modell: »Die Demokratie kann nur gedeihen, wenn die Masse normaler Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens beteiligen



„Es gibt einen Idealtyp, eine Bilderbuchbeschreibung, wie ein Mensch aussehen sollte. Seit ich denken kann, wollte ich so sein, wie die großen Männer auf den Werbetafeln. Das perfekte Profil in einer Welt der Unvollkommenheiten und Schwächen. Ich muss mich rein halten, ich muss meinen Körper formen, ich will mich selbst neu erschaffen. Wahre Schönheit ist etwas, das angreift, überwältigt, raubt und schließlich zerstört.“ Sebastian Schwaerzels Debütroman, mit Anklängen an Céline, Mishima und Ellis als gewaltige Abrechnung und Entlarvung des Irrsinns der modernen Welt und des modernen Lebens.

Sebastian Schwaerzel › Schizoid Man (Roman)  
280 Seiten, in Leinen gebunden mit Schutzumschlag, 25 €  
ISBN 978-3-950-54694-1

Jetzt auf der Verlagsseite erwerben!

[www.castrum.at](http://www.castrum.at)

und wenn sie diese Gelegenheiten auch aktiv nutzt.«<sup>9</sup> Diese »wahrhaft demokratischen Phasen sind begrenzt«, meist träten sie nach politischen Krisen bzw. Revolutionen auf. In diesen Phasen beteiligten sich die Bürger an einer Agenda, die ihren Interessen wirklich entspreche und mächtige Interessengruppen in die Defensive bringe. Solche Hochzeiten der Demokratie ereigneten sich am Scheitelpunkt einer Parabel, dem eine Prä- und eine Post-Phase vorausgehe bzw. folge. Ein solcher Scheitelpunkt könnte etwa die friedliche Revolution in der DDR gewesen sein, die in Crouchs Buch aber keine Erwähnung findet. Nach diesem Modell befänden wir uns derzeit in einer Post-Phase, die irgendwann wieder in eine Prä-Phase übergehen könnte.

Crouch beschreibt die Postdemokratie als ein »Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommen, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht; von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.«<sup>10</sup> Im Sachsenmonitor 2023 findet sich eine solche Wahrnehmung unter dem »Sonderthema Verschwörungstheorien«. Der Antwortvorgabe »Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte« stimmten 43 Prozent der Befragten zu.<sup>11</sup>

### Postdemokratie als Endphase der Demokratie

Fast zwanzig Jahre später hat sich Colin Crouch noch einmal mit dem Phänomen der Postdemokratie befasst. Dies ist genau der Zeitraum, in dem der Übergang in postdemokratische Verhältnisse nach der hier vorgetragenen Einschätzung erfolgt ist. Crouchs Hoffnung waren und sind avantgardistische Gruppen, die die »postdemokratische Kampagnenpolitik durch formierte neue soziale Identitäten« stören. Unter diesen versteht er vor allem die feministische und ökologische Bewegung. Sie seien »der Nährboden, auf dem die vitale Demokratie der Zukunft entsteht«.

Mittlerweile nähren jedoch ausgerechnet diese Bewegungen die Postdemokratie, denn ihre Ideen und Ziele sind von den globalen Konzernen und den meisten westlichen Regierungen übernommen und zu einer fast unangreifbaren Dekonstruktionsagenda gegen alles Bestehende gefügt worden. Es ist eine Maschine entstanden, die sich anmaßt, die Welt zu verbessern, ja gar einen Neustart (»Great reset«) initiieren will. Unter dem Banner der Transformation walzt sie durch Wirtschaft und Gesellschaft – ohne Rücksicht auf Verluste – und wächst scheinbar unaufhaltsam, wie das alles zerstörende Nichts in Michael Endes *Unendliche Geschichte*. Das Nichts wird zum eigentlichen Fundament der Postdemokratie. In Gestalt seiner Schergen löscht es akribisch die Bestände der abendländischen Zivilisation, hasst diejenigen, die sich ihm entgegenstellen, und verbündet sich mit denen, von denen man sich bei der Löschung des Bestandes einen Mehrwert verspricht. »Seine Auflösung, Verflüssigung, Dekonstruktion (wurde) zum Programm erhoben – zunächst im Denken und in der Auslegung von Texten, dann in der gesellschaftlichen Praxis und Politik.«<sup>12</sup> Es ist diese Agenda, deren rücksichtslose Umsetzung den Eindruck vermittelt, dass es sich bei der gegenwärtigen postdemokratischen Phase um die Endphase unserer Zivilisation handelt.

Dieses Programm, flankiert von Verachtung der Kontinuität, Bestandsblindheit und -zerstörung,<sup>13</sup> entfaltet sich in einem nachweislich demokratischen System. Kleinen akademischen Zirkeln und aggressiven Interessengruppen entwachsen, beherrscht es seit Langem große Teile der Medien, sickert ein in Werbung und Unterhaltungsindustrie und erreicht am Ende Politik, Verwaltung und Gerichte. Seine Avantgarde radikaler Aktivisten wird aus Steuergeldern und Stiftungen reicher Oligarchen unterstützt und ist von einem Cordon sanitaire der Wohlgesinnten umgeben, dessen Potenzial durch gezielte Desinformationskampagnen und Propaganda jederzeit als öffentlich vorgetragene Empörung freigesetzt werden kann.

Die nach dieser Destruktionsagenda getroffenen politischen Entscheidungen widersprechen durchweg den Interessen großer Teile der Bevölkerung. Sie sind keine Ergebnisse von Willensbildungsprozessen von

<sup>9</sup> Colin Crouch: Postdemokratie. Frankfurt/Main 2008, S. 8–9.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 10.

<sup>11</sup> [www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2023](http://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2023)

<sup>12</sup> Michael Esders: Ohne Bestand. Angriff auf die Lebenswelt. Lüdinghausen/Neuruppin 2020, S. 15.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 11.

unten nach oben, sondern Hervorbringungen von Agenden und Strategien jener Gremien, Institutionen und Lobbygruppen, die überwiegend außerhalb demokratischer Willensbildungsprozesse auf europäischer oder internationaler Ebene agieren. Entstanden ist eine »Komplizenschaft zwischen Tech-Konzernen, nationalen Regierungen und globalen Institutionen«<sup>14</sup>, die zu einer »zunehmenden Distanz der demokratischen Praxis vom Ideal der kollektiven Selbstbestimmung« geführt hat, »weil Entscheidungen in nicht durch Wahlen legitimierte und kaum durch die Bürger kontrollierte Gremien verlagert werden«<sup>15</sup>. Sie unterlägen keiner demokratischen Kontrolle oder Willensbildung und seien auch nicht neutral, sondern überwiegend kosmopolitisch, erklären Armin Schäfer und Michael Zürn. Ihr zunehmender Einfluss trage zu einer demokratischen Regression und dem Erstarken des autoritären Populismus bei. »Es ist daher kein Zufall, dass sich die populistische Revolte gegen die Machtfülle nichtgewählter Institutionen richtet und daher zumeist auch europakritisch ausgerichtet ist.«<sup>16</sup> Das Unbehagen vieler Teile der Bevölkerung gegenüber den postdemokratischen Entwicklungen schlägt nun deswegen in offenen Widerstand um, weil die genannte Komplizenschaft deutlich spürbare Freiheitseinschränkungen und Wohlstandverluste herbeiführt, ja in manchen Segmenten der Gesellschaft zu einer existentiellen Bedrohung geworden ist.

Es ist bizarr, dass die Analytiker der Postdemokratie die Verteidiger des Hergebrachten, die in einem aussichtslosen Kampf mit den Profiteuren des Angerichteten stehen, umstandslos als autoritäre Populisten bezeichnen, oder – wie von Crouch – einem »nostalgischen Pessimismus« zugeordnet werden. Dieser sei »notwendig illiberal«, weise antidemokratische Tendenzen auf und könne deshalb »nur begrenzt zur Kritik postdemokratischer Zustände herangezogen werden«<sup>17</sup>. Sein logisches Ende sei die »Vernarrtheit ins Morden«.<sup>18</sup> Wenn man dieser Logik folgt, wäre dem Widerstand gegen die aktuelle postdemokratische Entwicklung der Boden entzogen. Das angerichtete Nichts könnte sich ungehindert ausbreiten. Es ist daher an der Zeit, derartige Zuschreibungen links liegen zu lassen. Botho Strauß hatte 1993 in seinem visionären *Spiegel*-Essay »Anschwellender Bocksgesang« empfohlen, sich in den »Garten der Befreundeten« zurückzuziehen, »wo noch etwas Überlieferbares gedeiht, *hortus conclusus*, der nur wenigen zugänglich ist und aus dem nichts herausdringt, was für die Masse von Wert wäre«<sup>19</sup>. Es gibt aber in dieser Phase der Postdemokratie keinen

*hortus conclusus* mehr und auch keine Nischengesellschaft wie in der DDR. Nachdem das Nichts bereits den öffentlichen Raum okkupiert hat, beginnen seine Schergen nun, rücksichtslos in abgesonderte und private Räume vorzudringen.

»Zwischen den Kräften des Hergebrachten und denen des ständigen Fortbringens, Abservierens und Auslöschens wird es Krieg geben«, prophezeite Botho Strauß.<sup>20</sup> Schritt für Schritt ist den folgenden drei Jahrzehnten diesem Krieg der Boden bereitet worden. Das vorrückende Nichts – in den 1960er Jahren als Emanzipation ins Leere<sup>21</sup> gestartet – ist für Konservative wie Liberale gleichermaßen eine existentielle Bedrohung. Für die Konservativen, weil es die Bestände zerstört; für die Liberalen, weil es die Freiheit vernichtet. Darum müssen Konservative und Liberale ein Bündnis eingehen. Wenn der Bestand und die Freiheit keine Verteidiger mehr finden, wird sich unsere Zivilisation verabschieden. Die postdemokratische Phase könnte in ein bislang ungekanntes totalitäres Regime übergehen, aus dem es kein Entrinnen gibt. Die technischen Instrumente dafür sind seit dem Eintritt in ein digitales Zeitalter vorhanden und die Bereitschaft, diese Instrumente zum Überwachen und Strafen einzusetzen und dabei gebotene Grenzen zu überschreiten, ebenfalls.

14 Ebenda, S. 153.

15 Armin Schäfer / Michael Zürn: Die demokratische Regression. Bonn 2021, S. 11.

16 Ebenda, S. 142.

17 Colin Crouch: Postdemokratie revisited. Berlin 2021, S. 139.

18 Ebenda, S. 146.

19 Botho Strauß: »Anschwellender Bocksgesang«, in: Heimo Schwillk / Ulrich Schacht (Hg.): Die selbstbewusste Nation. »Anschwellender Bocksgesang« und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte. Frankfurt/Main – Berlin 1994, S. 29.

20 Ebenda, S. 22.

21 Frank Böckelmann: Die Emanzipation ins Leere. Beiträge zur Gesinnungsgeschichte 1960–2000, Berlin 2000.